

# INFLATION AKTUELL

## Die Inflationsanalyse der OeNB



Vor dem Hintergrund des Preisstabilitätsziels des Eurosystems analysiert *Inflation aktuell* vierteljährlich die Inflationsentwicklung in Österreich und enthält zusätzlich eine Inflationsprognose sowie zumindest ein aktuelles Schwerpunktthema.

**Medieninhaberin und  
Herausgeberin** Oesterreichische Nationalbank  
Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien  
Postfach 61, 1011 Wien  
www.oenb.at  
oenb.info@oenb.at  
Tel. (+43-1) 40420-6666  
Fax (+43-1) 40420-04-6698

**Schriftleitung** Birgit Niessner

**Inhaltliche Gestaltung** Friedrich Fritzer, Mirjam Salish

**Redaktion** Marc Bittner

© Oesterreichische Nationalbank, 2022.

Alle Rechte vorbehalten.

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Im Sinne der besseren Lesbarkeit wird teilweise auf geschlechtergerechte Formulierungen verzichtet, an ihrer Stelle verwendete Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter.

# Überblick

## **HVPI-Inflation steigt im ersten Quartal 2022 auf 5,6 % an**

Zu Jahresbeginn 2022 setzte die HVPI-Inflationsrate ihren 2021 begonnenen Anstieg weiter fort und stieg im Februar 2022 auf 5,5 %. Ausschlaggebend für die markante Inflationsdynamik waren zum einen die Energiepreise, die sich sowohl aufgrund der Rohölnotierungen als auch aufgrund der dynamischen Preisentwicklung auf den Großhandelsmärkten für Gas und Elektrizität noch kräftiger erhöhten als zuvor. Zum anderen legten seit Jahresende 2021 insbesondere die Preise für langlebige Konsumgüter (wie z. B. Fahrzeuge, Einrichtungsgegenstände oder Haushaltsgeräte) deutlich zu. Angebotsverknappungen bei gleichzeitig starker Nachfrage führten zu einer stärkeren Weitergabe der gestiegenen Erzeugerpreise an die Endverbraucherinnen und Endverbraucher. Im März 2022 erreichte die Teuerungsrate laut Schnellschätzung von Statistik Austria mit 6,7 % den mit Abstand höchsten Wert seit Bestehen der Währungsunion. Detailinformationen zur März-Inflation liegen noch nicht vor, jedoch dürften die in Folge des militärischen Konflikts in der Ukraine stark gestiegenen Rohstoffpreise für den deutlichen Anstieg der Inflationsrate im März hauptverantwortlich sein. Für die Inflationsentwicklung im Februar 2022 hat der Ukraine-Krieg noch keine Rolle gespielt, da die Preiserhebung zu Beginn des Krieges bereits größtenteils abgeschlossen war.

## **Rohöl, Gas und Elektrizität treiben die HVPI-Inflationsrate im Jahr 2022 auf 5,6 %**

Laut aktueller Inflationsprognose der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) vom März 2022 wird die HVPI-Inflationsrate in Österreich im Jahr 2022 auf 5,6 % ansteigen, gefolgt von Rückgängen auf 2,9 % im Jahr 2023 bzw. 2,2 % im Jahr 2024. Gegenüber der Prognose vom Dezember 2021 wurde die Inflationsprognose für den gesamten Prognosehorizont – insbesondere für 2022 – wegen höherer Terminnotierungen für Rohöl, Gas und Elektrizität nach oben revidiert. Die OeNB erwartet im April einen weiteren Anstieg der Inflationsrate. Unter der Voraussetzung, dass es zu keinen Liefereinschränkungen bei Energieträgern kommt, sollte im zweiten Halbjahr 2022 eine Entspannung bei der Preisentwicklung von Energieprodukten einsetzen. Bei Agrarrohstoffen ist aufgrund des Ukraine-Krieges mit einer Angebotsverknappung zu rechnen. Zudem verteuern die Energiepreise die Produktionskosten, weshalb die Inflationsrate für Nahrungsmittel in diesem Jahr sogar noch weiter ansteigen dürfte. Angebotsengpässe sowie die dynamische Entwicklung bei den Erzeugerpreisen sorgen bei Industriegütern ohne Energie weiter für Inflationsdruck. Ein Nachlassen wird erst im zweiten Halbjahr 2022 erwartet. In den Jahren 2023 und 2024 führen sinkende Energierohstoffpreise, Basiseffekte und das Auflösen der angebotsseitigen Verknappungen zu einem Rückgang der HVPI-Inflationsrate. Die Kerninflationsrate erreicht 2022 3,3 % und beläuft sich 2023 bzw. 2024 auf 2,8 % bzw. 2,2 %.

## **Preisdruck vonseiten vorgelagerter Produktionsstufen nimmt weiter zu**

Die Preise für Rohöl stiegen nach dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine deutlich an. Ein Fass der Sorte Brent Crude kostete kurzfristig annähernd 130 US-Dollar und damit um rund 50 % mehr als noch im Jänner 2022. Bis Ende März 2022 gingen die Preise wieder etwas zurück. Auf Erzeugerebene setzten die Preise ihren Aufwärtstrend weiter fort. Im Februar 2022 lagen die Erzeugerpreise um 24,3 % über dem Vorjahresmonat. Vor allem die Erzeugerpreise von Energieprodukten und Vorleistungsgütern verteuerten sich markant.

## **Auslastung in der Konsumgüterindustrie stagnierte zuletzt, bleibt aber überdurchschnittlich**

Die Auslastung in der Konsumgüterindustrie war im ersten Quartal 2022 vor allem bei der Produktion langlebiger Konsumgüter überdurchschnittlich. Laut WIFO-Konjunkturtest geben die Unternehmen aber zunehmend Material- und Arbeitsmangel als wesentliche limitierende Faktoren ihrer Produktionstätigkeit an. Da die letzte Befragung im Jänner 2022 durchgeführt wurde, sind die Auswirkungen der Ukraine-Krise in den Erhebungsdaten noch nicht enthalten.

### **Kurzfristige Inflationserwartungen für 2022 deutlich gestiegen**

Bis Oktober 2021 erhöhten sich die von der Europäischen Kommission erhobenen Inflationserwartungen der Konsumentinnen und Konsumenten in Österreich für die nächsten zwölf Monate im Gleichklang mit der tatsächlichen Inflationsentwicklung deutlich. Nach einem Rückgang Ende 2021 nahmen die Inflationserwartungen im Februar 2022 erneut leicht zu. Die Inflationserwartungen von Prognoseinstituten für die Jahre 2022 bzw. 2023 stiegen zuletzt ebenfalls weiter an und liegen derzeit bei 3,9 % bzw. 1,9 %. Diese Werte bleiben jedoch trotz des Anstiegs weiter deutlich unter jenen der aktuellen Inflationsprognose der OeNB.

### **45 EUR Mehrkosten pro Monat aufgrund gestiegener Energiepreise – einkommensschwache Haushalte besonders betroffen**

Die Preise für Strom, Gas und Treibstoffe stiegen im Laufe des Jahres 2021 stark an, sodass der durchschnittliche österreichische Haushalt im Februar 2022 beinahe 45 EUR mehr pro Monat für Energie ausgab als noch im Februar 2021. Allerdings sind nicht alle Haushalte gleichermaßen von den steigenden Verbraucherpreisen betroffen. Die Daten der Konsumerhebung 2019/2020 zeigen, dass einkommensschwächere Haushalte relativ zu ihren Gesamtausgaben mehr für Haushaltsenergie (wie z. B. Strom und Gas) ausgeben als einkommensstärkere Haushalte, während es sich bei Treibstoffen genau umgekehrt verhält. Besonders hoch ist die Belastung durch die gestiegenen Energiekosten für einkommensschwache Haushalte (wie z. B. Arbeitslose oder Ausgleichszulagenbeziehende) in ländlichen Gebieten. Da die steigenden Energiepreise zu einer deutlichen Mehrbelastung führen und vor allem sozial schwächere Haushalte treffen, wurden von der Bundesregierung verschiedene Entlastungsmaßnahmen vorgeschlagen. Insbesondere Maßnahmen, die Preisanstiege bei Kraftstoffen ausgleichen, entlasten jedoch einkommensstärkere Haushalte relativ deutlicher und sind daher sowohl aus Klimaschutzgründen als auch aufgrund ihrer Verteilungswirkung kritisch zu hinterfragen.

### **Auslaufen der Umsatzsteuersenkung führte zu Preisanhebungen in der Hotellerie und – in einem geringeren Maße – in der Gastronomie**

Anfang Juli 2020 wurde in Österreich die Umsatzsteuer in der Gastronomie und der Hotellerie gesenkt, um die Effekte der COVID-19-Maßnahmen zu mindern. Mit dem Auslaufen der Umsatzsteuersenkung am 31.12.2021 traten die alten Steuersätze wieder in Kraft. Die HVPI-Inflationsrate für Beherbergungsdienstleistungen weist seit Herbst 2021 sehr hohe Werte auf. Der starke Anstieg der Inflationsrate dürfte darauf zurückzuführen sein, dass die Rücknahme der Umsatzsteuersenkung mit Jänner 2022 zum Teil an die Konsumentinnen und Konsumenten weitergegeben wurde. Im Rahmen einer detaillierten Analyse des Bereichs der Gastronomie mithilfe von Webscraping-Daten wurde untersucht, inwieweit es zwischen November 2021 und März 2022 zu Preissteigerungen bei Essenslieferdiensten kam. Essenslieferdienste erhöhten demnach ihre Preise teilweise deutlich, wobei dies jedoch nur einen geringen Anteil ihrer Produkte betraf. Dies deutet eher darauf hin, dass der durchschnittliche Preisanstieg bei Speisen und Getränken in der Gastronomie nicht auf eine einzelne Ursache, wie die Rücknahme der Umsatzsteuersenkung zurückgeführt werden kann. Bei Beherbergungsdienstleistungen scheint ein Umsatzsteuereffekt wahrscheinlicher.

### **Lohnentwicklung und Inflation im Euroraum**

Die Lohnentwicklung im Euroraum war zuletzt von einem geringen Wachstum geprägt. 2022 wird das Lohnwachstum allerdings zunehmen. Dies liegt an der gestiegenen Inflation und dem zuletzt aufgetretenen Arbeitskräftemangel. Die Knappheit an Arbeitskräften hat mehrere Ursachen, wie das Entstehen von „Skill-Mismatches“, das Ausbleiben von Immigration und den Rückzug Älterer vom Arbeitsmarkt im Zuge der COVID-19-Pandemie. Der Einmarsch Russlands in die Ukraine bewirkt aller Voraussicht nach einen Rückgang der Arbeitsnachfrage und damit eine Verringerung des Arbeitskräftemangels. Andererseits kommt es dadurch zu einem weiteren Anstieg der Inflation, was sich zeitverzögert in der Lohnentwicklung bemerkbar machen wird. Wichtige Faktoren sind in diesem Zusammenhang rückwärtsschauende Inflationserwartungen in Kollektivverträgen, deren Staffelung und Dauer, aber auch die (De facto-)Indexierung von Löhnen in einigen wenigen Euroraum-Ländern.

# Inflation aktuell – die Inflationsanalyse der OeNB

Friedrich Fritzer<sup>1</sup>, Mirjam Salish<sup>2</sup>

Überblick	2
1 HVPI-Inflation steigt auch zu Jahresbeginn 2022 weiter an	5
2 Inflationsprognose für 2022 bei 5,6 % – Energiepreise steigen mit der militärischen Auseinandersetzung in der Ukraine weiter an	7
Kasten I: Was bedeuten die steigenden Energiekosten für die österreichischen Haushalte?	12
Kasten 2: Auslaufen der Umsatzsteuersenkung führte zu Preisanhebungen in der Hotellerie und – in einem geringeren Maße – in der Gastronomie	15
Kasten 3: Lohnentwicklung und Inflation im Euroraum	19
3 Grafikanhang: Erklärungsfaktoren für die aktuelle Preisentwicklung	22

Redaktionsschluss: 1. April 2022

---

<sup>1</sup> Oesterreichische Nationalbank, Referat Konjunktur, [friedrich.fritzer@oenb.at](mailto:friedrich.fritzer@oenb.at).

<sup>2</sup> Oesterreichische Nationalbank, Referat Geldpolitik, [mirjam.salish@oenb.at](mailto:mirjam.salish@oenb.at).

## I HVPI-Inflation steigt auch zu Jahresbeginn 2022 weiter an

Die österreichische HVPI<sup>3</sup>-Inflationsrate stieg von 1,5 % im ersten Quartal 2021 auf 3,9 % im vierten Quartal 2021 an und lag im Jahresdurchschnitt bei 2,8 %. Zu Jahresbeginn 2022 setzte die HVPI-Inflationsrate ihren 2021 begonnenen Anstieg weiter fort und stieg im Februar 2022 auf 5,5 %. Mit 6,7 % im März 2022 erreichte die Teuerungsrate laut Schnellschätzung von Statistik Austria den höchsten Wert seit Bestehen der Währungsunion.<sup>4</sup> Ausschlaggebend für die markante Dynamik der Teuerungsrate im vergangenen Jahr waren vor allem die Energiepreise, die sich sowohl aufgrund der Rohölnotierungen als auch aufgrund der dynamischen Preisentwicklung auf den Großhandelsmärkten für Gas und Elektrizität noch kräftiger erhöhten als zuvor. Der militärische Konflikt in der Ukraine dürfte für die Inflationsentwicklung im Februar 2022 noch keine Rolle gespielt haben, da die Preiserhebung zu Beginn des Krieges größtenteils abgeschlossen war. Seit November 2021 waren Industriegüter ohne Energie für etwa 45 % des Inflationsanstiegs verantwortlich. Aber auch die Preise für Energie und Nahrungsmittel erhöhten sich kräftig. Etwa ein Viertel der Zunahme der Gesamtinflation seit November 2021 ging auf Energie zurück und knapp 30 % auf Nahrungsmittel einschließlich Alkohol und Tabak. Die *ohne Energie und Nahrungsmittel berechnete Kerninflationsrate lag im Februar 2022 bei 3,6 %* und war somit um 0,9 Prozentpunkte höher als noch im November letzten Jahres. Diese Differenz ist auf einen Anstieg der Inflationsrate bei Industriegütern ohne Energie zurückzuführen.

*Der Anstieg der Dienstleistungspreise lag im Februar 2022 bei 3,0 % und damit knapp unter der Inflationsrate vom November 2021.* Bei den Beherbergungsdienstleistungen erreichte die Inflationsrate im Jänner 2022 mit 10,7 % den höchsten Wert seit Bestehen der Währungsunion und verblieb mit 10,3 % im Februar 2022 auf hohem Niveau. Unterbrochen von einem Rückgang der Teuerung im Dezember 2021<sup>5</sup>, erreicht die Inflationsrate im Bereich Beherbergungsdienstleistungen damit bereits seit Herbst 2021 etwa das Vierfache des langfristigen Durchschnitts.<sup>6</sup> Der Inflationsanstieg dürfte zum einen auf die starke Nachfrage nach Tourismusdienstleistungen zurückzuführen sein. Zum anderen führten Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung wie Kapazitätsbeschränkungen und strengere Hygienemaßnahmen zu Kostensteigerungen, die zumindest teilweise an die Konsumentinnen und Konsumenten weitergegeben worden sein dürften. Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass ein Teil der Kosten für die Rücknahme der Mehrwertsteuersenkung mit Jänner 2022 von den Beherbergungsdienstleisterinnen und -dienstleistern an die Konsumentinnen und Konsumenten weitergegeben wurde (siehe auch Kasten 2).<sup>7</sup> Auch Restaurantdienstleistungen verzeichneten

---

<sup>3</sup> Harmonisierter Verbraucherpreisindex.

<sup>4</sup> Detailinformationen zu den Subkomponenten der März HVPI-Inflation werden erst am 21. März veröffentlicht.

<sup>5</sup> Der Rückgang könnte auf den vierten Lockdown von Mitte November bis Mitte Dezember 2021 zurückzuführen sein, der Geschäfts- und Betriebsschließungen zur Folge hatte. Fehlende Preise mussten deshalb fortgeschrieben werden. Laut Eurostat betraf dies im Dezember 2021 annähernd 90 % der im österreichischen HVPI-Warenkorb enthaltenen Preise für Beherbergungsdienstleistungen.

<sup>6</sup> Die Verbraucherpreise für Beherbergungsdienstleistungen stiegen seit 2001 um durchschnittlich 2,6 %.

<sup>7</sup> Für Bewirtungs- und Beherbergungsdienstleistungen wurde von Juli 2020 bis Dezember 2021 eine Reduktion des Mehrwertsteuersatzes auf 5 % vorgenommen, um die Unternehmen finanziell zu unterstützen. Auch 2016 kam es im Rahmen einer Mehrwertsteuererhöhung bei Beherbergungsdienstleistungen zu „Vorzieheffekten“, bei denen bereits in den Monaten vor der Steuererhöhung die Verbraucherpreise angehoben worden waren (Loretz, S. und O. Fritz. 2021. Wirkungen der im Zuge der COVID-19-Krise reduzierten Mehrwertsteuersätze. Erfahrungswerte aus rezenten Reformen. WIFO.

kräftige Anstiege ihrer Inflationsrate. Mit 6 % im Februar 2022 war die Teuerung beinahe drei Mal so hoch wie noch vor einem Jahr (Februar 2021: 2,2 %) und rund 2 Prozentpunkte höher als zu Jahresende 2021. Des Weiteren legten die Preise für Kulturdienstleistungen (Theater, Kino, Museen) deutlich zu.

Die *Inflationsrate von Industriegütern ohne Energie hat deutlich an Dynamik gewonnen*. Im Februar 2022 belief sich die Inflationsrate auf 4,6 % und war somit doppelt so hoch wie noch im November 2021. Für den Inflationsanstieg waren vor allem die Preise für langlebige Konsumgüter (Möbel und Einrichtungsgegenstände, Kraftfahrzeuge sowie elektrische Haushaltsgeräte) verantwortlich. Materialengpässe (wie beispielsweise bei Halbleitern) sowie Rohstoffpreisanstiege wurden, insbesondere bei langlebigen Konsumgütern, zunehmend an die Konsumentinnen und Konsumenten weitergegeben und spiegelten sich in ungewöhnlich hohen Teuerungsraten wider. Der Teuerungsschub betraf eine breite Palette an Konsumgütern. So wurden im Februar 2022 bei Bekleidungsartikeln, Material für die Instandhaltung und Reparatur der Wohnung, Einrichtungsgegenständen, Fahrzeugen sowie sonstigen Freizeitgeräten und -artikeln die höchsten Inflationsraten seit Bestehen der Währungsunion verzeichnet.

Die *Inflationsrate von Energie* war Anfang 2021 noch im negativen Bereich, *stieg bis Februar 2022 aber auf 26,8 % und erreichte damit den höchsten Wert seit Anfang der 1990er-Jahre*. Für die kräftige Zunahme waren zum Teil die stark gestiegenen Rohölpreise verantwortlich. Die konjunkturbedingt gestiegene Nachfrage sowie die geringen Lagerbestände von Gas in Europa sorgten für eine dynamische Preisentwicklung auf den Großhandelsmärkten für Gas und Elektrizität. Seit Mitte 2021 verteuerten sich deshalb die Verbraucherpreise von Strom und Gas. Die Energiepreise haben seit dem Beginn der russischen Invasion in die Ukraine (24. Februar 2022) einen weiteren Schub erhalten, der sich größtenteils in den kommenden Monaten in den Verbraucherpreisen für Energie niederschlagen wird bzw. bereits zu einem starken Anstieg der Inflationsrate im März beigetragen haben dürfte. Im Februar wurden zwar deutliche Steigerungen bei den Endverbraucherpreisen für Gas beobachtet, diese waren aber angekündigt und sind auf die bereits vor der russischen Invasion dynamische Entwicklung der Großhandelspreise für Gas zurückzuführen.

Die *Inflationsrate von Nahrungsmitteln (einschließlich Alkohol und Tabak)* stieg von 1,7 % im November 2021 auf 3,9 % im Februar 2022. Seit November 2021 legten vor allem die Preise für Brot und Getreideprodukte, Fisch, Öle und Fette sowie Süßwaren deutlich zu. Die kräftige Verteuerung der agrarischen Rohstoffpreise dürfte dafür ausschlaggebend sein. Für den sprunghaften Anstieg der Nahrungsmittelinflation von 2,0 % im Dezember 2021 auf 3,9 % im Februar 2022 ist allerdings auch ein Basiseffekt verantwortlich. Anfang 2021 wurde aufgrund der pandemischen Lage die Preiserhebung in den Verkaufsstellen ausgesetzt und stattdessen eine Scannerdatenerhebung vorgenommen. Da Scannerdaten einen größeren Anteil an Preisnachlässen enthalten, verringerte sich die Inflationsrate von Nahrungsmitteln Anfang 2021 deutlich. Anfang 2022 wirkte sich dieser Effekt inflationserhöhend aus.

## 2 Inflationsprognose für 2022 bei 5,6 % – Energiepreise steigen mit der militärischen Auseinandersetzung in der Ukraine weiter an

Der im Februar 2022 ausgebrochene Krieg zwischen Russland und der Ukraine hat die Preise von Energie und Rohstoffen deutlich verteuert. Auch das Vertrauen sowohl der Konsumenten- als auch der Unternehmerseite sowie die realwirtschaftliche Entwicklung wurden geschwächt. Die ökonomischen Effekte des militärischen Konfliktes hängen von dessen Dauer und den verhängten Sanktionen ab. Die OeNB geht in der aktuellen Prognose davon aus, dass der militärische Konflikt nicht auf andere Länder übergreift und es zu keinen Liefereinschränkungen bei importierten Energieträgern führt.

*Unter diesen Voraussetzungen erwartet die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) in ihrer aktuellen Inflationsprognose einen Anstieg der HVPI-Inflationsrate im Jahr 2022 auf 5,6 %, gefolgt von einem Rückgang auf 2,9 % im Jahr 2023 bzw. 2,2 % im Jahr 2024 (Grafik 1 und Tabelle 2).<sup>8</sup> Damit liegt die Teuerungsrate im Jahr 2022 um 2,4 Prozentpunkte sowie für 2023 bzw. 2024 um 0,6 Prozentpunkte bzw. 0,2 Prozentpunkte über der letzten Prognose. Vor allem die Beschleunigung der Preise von Treibstoffen, Heizöl, Elektrizität und Gas bedingen die Aufwärtskorrektur der Projektion. Die aufgrund des militärischen Konflikts zu erwartende Angebotsverknappung bei Agrarrohstoffen und die Steigerung bei den Energiekosten führen 2022 und auch 2023 zu hohen Inflationsraten bei Nahrungsmitteln. Zudem ist der Anstieg der Erzeugerpreise weiter dynamisch, sodass auch im Bereich der Industriegüter ohne Energie in den nächsten Monaten mit einem stärkeren Preisdruck gerechnet wird. Indirekte Effekte der Energiepreissteigerungen sind auch für Dienstleistungen zu erwarten. Die infolge der militärischen Auseinandersetzung erwartete wirtschaftliche Eintrübung wird den Inflationsdruck im Jahr 2022 bei weitem nicht ausgleichen. Die ohne Energie und Nahrungsmittel berechnete Kerninflation wird 2022 auf 3,3 % ansteigen und 2023 bzw. 2024 bei 2,8 % bzw. 2,2 % liegen.<sup>9</sup> Im Vergleich zur letzten Projektion wurde die Kerninflationsrate 2022 um 0,8 Prozentpunkte, jene für 2023 um 0,5 Prozentpunkte sowie jene für 2024 um 0,1 Prozentpunkt nach oben korrigiert.*

Wie bereits in den letzten Prognoserunden zeichnet sich auch die aktuelle Inflationsprognose durch einen hohen Grad an Unsicherheit aus, der sich aufgrund des Ukraine-Krieges verschärft hat. Hinzu kommt, dass die Ausbreitung der Omikron-Variante von COVID-19 hartnäckiger ist als erwartet. Für die Inflationsprognose überwiegen insgesamt die aufwärtsgerichteten Inflationsrisiken (Dauer und Intensität des militärischen Konflikts in der Ukraine, länger anhaltende Angebotsengpässe). Mittelfristig könnten neben steigenden Inflationserwartungen auch zunehmender Preisdruck von der Lohnseite inflationstreibend wirken.

---

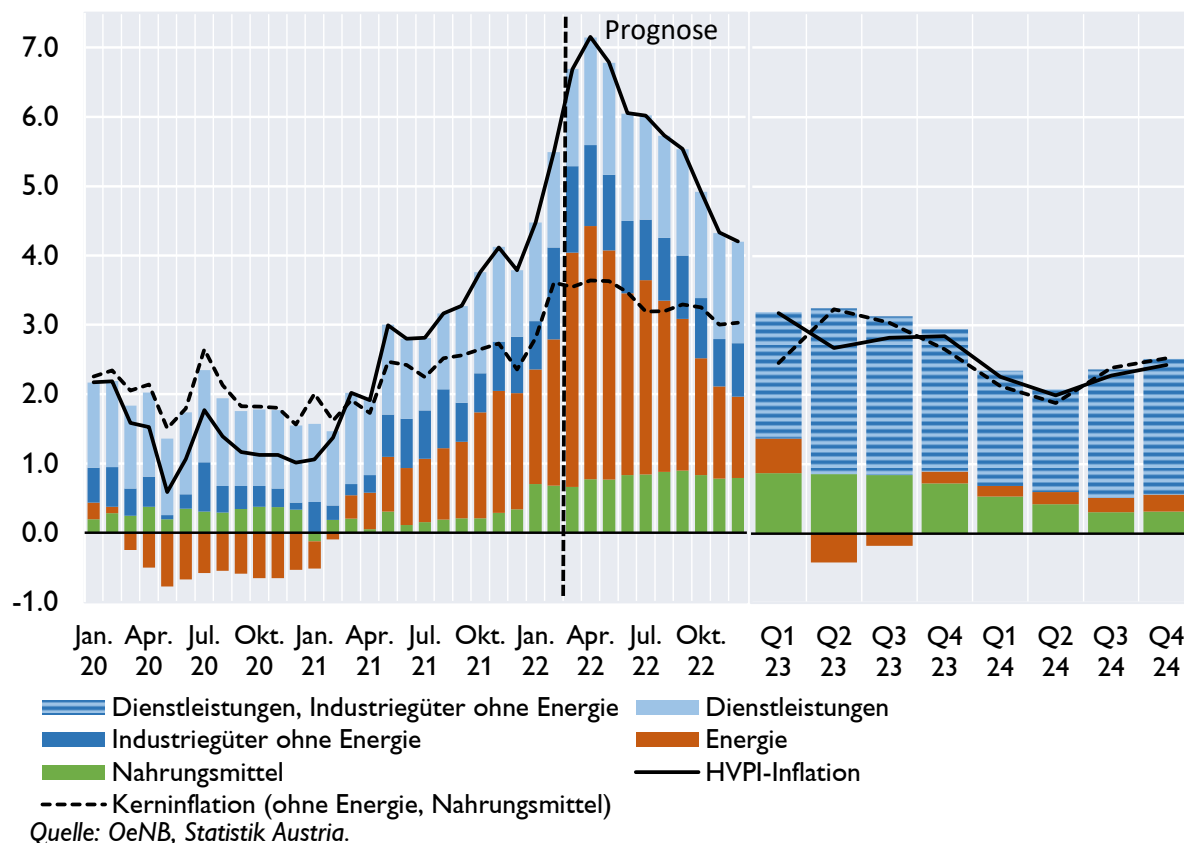
<sup>8</sup> Im Rahmen eines Interimsupdate ihrer Prognose Anfang März 2022 hat die OeNB noch eine Inflationsrate von 5,3 % für das Jahr 2022 erwartet.

<sup>9</sup> Die ohne Energie und Nahrungsmittel berechnete Kerninflationsrate verzeichnete Anfang 2022 einen besonders starken Anstieg, der im ersten Quartal 2023 zu einem deutlichen Rückgang der Kerninflationsrate führt (siehe Grafik 1), da bei einer Jahresinflationsrate nicht nur die Preisentwicklung im ersten Quartal 2023, sondern auch jene im ersten Quartal des Jahres zuvor eine Rolle spielt.



## Beiträge der Komponenten zur HVPI-Inflation

Inflationsraten in %; Inflationsbeiträge der Komponenten in Prozentpunkten



Im Jahr 2022 gehen rund 60 % der Prognoserevision von 2,4 Prozentpunkten auf Energie zurück, da die Rohölpreise in den letzten Monaten höher ausfielen und auch die Rohölpreisannahmen stiegen. Hinzu kamen noch kräftige Preissteigerungen bei Heizöl, Gas und Strom, sowie persistenterere Angebotsengpässe. Rund 25 % der Aufwärtsrevision sind auf die Kerninflationsrate und hierbei insbesondere die Preisentwicklung bei Industriegütern ohne Energie zurückzuführen und rund 15 % der Revision gehen auf die Inflationsrate für Nahrungsmittel zurück.

## Annahmen der OeNB-Inflationsprognose vom März 2022

	Annahmen März 2022				Revisionen gegenüber Dezember 2021		
	2021	2022	2023	2024	2022	2023	2024
<b>Energie und Wechselkurse</b>	<i>in %</i>						
Erdölpreis (EUR/Barrel Brent)	60,1	95,7	82,3	75,4	39,7	28,7	23,1
Großhandelspreis Gas (EUR/MWh)	46,6	102,9	67,4	46,3	84,7	92,8	x
Großhandelspreis Elektrizität (EUR/MWh)	108,6	261,7	182,5	119,2	95,3	90,8	50,2
US-Dollar-Euro-Wechselkurs	1,2	1,1	1,1	1,1	-2,1	-2,6	-2,6
<b>Nichtenergetische Rohstoffpreise</b>	<i>Index 2005=100</i>				<i>in %</i>		
Gesamt	198,8	226,2	208,4	190,2	18,3	11,5	4,0
<i>davon Weltmarktpreise für Nahrungsmittel</i>	207,0	246,9	225,5	203,1	21,6	14,1	5,8
<i>davon Weltmarktpreise für metallische Rohstoffe</i>	198,1	215,4	210,0	203,4	29,1	30,1	31,1
<b>EU-Erzeugerpreise Nahrungsmittel</b>	126,3	156,8	156,4	151,9	12,4	13,1	10,9
<b>Zinsen</b>	<i>in %</i>				<i>in Prozentpunkten</i>		
Drei-Monats-Zinssatz	-0,6	-0,4	0,7	1,3	0,1	1,1	1,5
Rendite 10-jähriger Bundesanleihen	-0,1	1,0	1,2	1,3	0,8	0,9	0,8

Quelle: Eurosystem.

Anmerkung: März 2022 (Informationen bis zum 30.03.2022 wurden berücksichtigt); Dezember 2021 (Informationen bis zum 26.11.2021 wurden berücksichtigt).

Tabelle 1 zeigt die wichtigsten externen Annahmen der Prognose in Bezug auf Rohstoffpreise, Wechselkurse und Zinssätze. Diese wurden Ende März 2022 festgelegt. Gegenüber der Inflationsprognose vom Dezember 2021 wurden die Rohölpreise zwischen 23 % und 40 % nach oben revidiert. Die Terminnotierungen für die Elektrizitäts- und Gasgroßhandelspreise wurden zwischen 85 % und 93 % (Gas) sowie 50 % und 95 % (Elektrizität) nach oben revidiert.

### 2.1 Energiepreisbedingter Inflationsdruck wird erst Ende 2022 nachlassen

Laut den gegenwärtigen Annahmen erreichen die Terminnotierungen für Rohöl im April 2022 ihren Höhepunkt. Die Terminnotierungen der Großhandelspreise für Gas und Elektrizität bleiben bis in das erste Quartal 2023 vergleichsweise hoch und sinken erst anschließend deutlich. Mit Juli 2022 wird die Einführung der CO<sub>2</sub>-Bepreisung hinzukommen, die zu einer Erhöhung der Verbraucherpreise für Benzin, Diesel, Heizöl und Gas beitragen wird. Infolgedessen wird die Jahresinflation von Energie für 2022 28,9 % betragen. Für die Jahre 2023 bzw. 2024 wird mit einem Rückgang der Energiepreisinflation auf 0,0 % bzw. 2,2 % gerechnet (Tabelle 2). Das von der Bundesregierung am 21. März präsentierte Energiepaket ist in die Prognose nicht einbezogen, da es erst vom Parlament beschlossen werden muss und auch der Zeitpunkt des Inkrafttretens noch nicht fixiert ist. Die vorgesehenen Senkungen der Elektrizitätsabgabe und der Gasabgabe dürften im Jahresdurchschnitt die HVPI-Inflationsrate um rund 0,2 Prozentpunkte dämpfen.

Tabelle 2

## OeNB-Inflationsprognose vom März 2022

	Prognose				Revisionen gegenüber Dezember 2021		
	2021	2022	2023	2024	2022	2023	2024
	<i>in Prozentpunkten</i>						
HVPI-Inflation	2,8	5,6	2,9	2,2	2,4	0,6	0,2
Nahrungsmittel insgesamt	1,1	4,5	4,7	2,3	1,7	2,5	0,5
<i>davon unverarbeitete Nahrungsmittel</i>	2,2	3,6	x	x	0,9	x	x
<i>davon verarbeitete Nahrungsmittel</i>	0,8	4,8	x	x	1,8	x	x
Industriegüter ohne Energie	1,9	3,2	x	x	1,3	x	x
Energie	10,8	28,9	0,0	2,2	18,4	-1,6	0,5
Dienstleistungen	2,5	3,4	x	x	0,5	x	x
HVPI ohne Energie	2,1	3,5	3,2	2,2	1,0	0,9	0,2
HVPI ohne Energie und Nahrungsmittel	2,3	3,3	2,8	2,2	0,8	0,5	0,1
<b>Inflationsbeitrag des öffentlichen Sektors</b>	<i>in Prozentpunkten</i>						
Gesamt	0,2	0,4	0,3	0,3	0,0	0,2	0,2
<i>davon indirekte Steuern</i>	0,0	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0
<i>davon administrierte Preise</i>	0,2	0,3	0,2	0,2	0,0	0,1	0,0

Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Anmerkung: Der gesamte Inflationsbeitrag des öffentlichen Sektors wurde auf der Basis von gerundeten Teilbeiträgen ermittelt.

Die Inflationsrate von *Dienstleistungen* belief sich im Jahr 2021 auf 2,5 %. Anfang des Jahres 2022 stieg die Inflationsrate für Dienstleistungen sprunghaft auf 3,1 % (Dezember 2021: 2,1 %) an. Bis Mitte des Jahres wird mit einer Fortsetzung des Anstiegs gerechnet, gefolgt von einer stabil hohen Inflationsrate bis Ende 2022. Im Jahresdurchschnitt 2022 wird die Inflationsrate von Dienstleistungen auf 3,4 % ansteigen. Dies wird auch durch die kurzfristigen Preiserwartungen der Dienstleistungsunternehmen bestätigt, die derzeit teilweise deutlich über ihrem langfristigen Durchschnitt liegen. Die Preiserwartungen der Gastronomieunternehmen für die nächsten drei Monate erreichten zuletzt historische Höchstwerte. Die hohen Energiekosten dürften auch im Dienstleistungssektor zunehmend an die Konsumentinnen und Konsumenten weitergegeben werden. Zudem gibt die erwartete starke Nachfrage den Unternehmen die Möglichkeit Preiserhöhungen vorzunehmen. Im April erfolgt außerdem die Anhebung der Richtwert- und Kategoriemieten, was ebenfalls zur Aufwärtsentwicklung der Dienstleistungsinflation beitragen wird. Dies dürfte die Dienstleistungsinflation um rund 0,2 Prozentpunkte sowie die HVPI-Inflationsrate um rund 0,1 Prozentpunkt anheben.<sup>10</sup>

Die Inflationsrate von *Industriegütern ohne Energie* ist seit Sommer 2021 stark angestiegen und auch im Jahr 2022 sollte sich die Preissteigerung in diesem Sektor, getrieben von den Preisen auf den vorgelagerten Produktionsstufen und den hohen Energiekosten, weiter beschleunigen. Für 2022 wird im Industriegütersektor ohne Energie eine Jahresinflationsrate von 3,2 % erwartet.

<sup>10</sup> Diese Erhöhungen fließen in den HVPI zeitverzögert ein, da die Preise für Wohnungsmieten dem „Mikrozensus Wohnungserhebung“ entnommen werden. Die quartalsweise durchgeführte Mikrozensusserhebung liegt zirka drei Monate nach dem Ende des Erhebungsquartals Quartals vor.

Damit erreicht die Inflationsrate mehr als das Dreifache des langfristigen Durchschnitts. Die militärische Auseinandersetzung in der Ukraine bringt weitere Lieferengpässe und somit größeren Preisdruck mit sich. Unternehmen dürften aufgrund der starken Nachfrage in der Lage sein, die Kostensteigerungen schneller und in einem größeren Ausmaß an die Endverbraucher weiterzugeben. Zu der starken Nachfrage tragen auch die während der COVID-19-Pandemie angehäuften Überschussersparnisse bei. Sollte sich die derzeitige markante Beschleunigung der Erzeuger- und Großhandelspreise in den kommenden Monaten weiterhin fortsetzen, ist mit einem weiteren Anstieg der Inflationsrate für Industriegüter ohne Energie zu rechnen.

Bei *Nahrungsmitteln* (einschließlich Alkohol und Tabak) erwarten wir einen Anstieg der Teuerungsrate von 1,1 % im Jahr 2021 auf 4,5 % im Jahr 2022. Für den Inflationsanstieg sind einerseits steigende Preiserwartungen für globale Agrarrohstoffe verantwortlich, andererseits hohe Energiekosten. Zudem sollten sich Düngemittel spürbar verteuern, da die chemische Industrie besonders stark von Erzeugerpreissteigerungen und Lieferengpässen betroffen ist. Die aufgrund des Krieges zwischen Russland und der Ukraine zu erwartenden Angebotsausfälle werden die Erzeugerpreise für Nahrungsmittel weiter anheizen. Die Kostentransmission von den Agrarrohstoffen auf die Endverbraucherpreise benötigt im Nahrungsmittelsektor rund 6 bis 12 Monate, weshalb 2023 mit einer Inflationsrate von 4,7 % gerechnet wird. Erst 2024 sollte die Inflationsrate für Nahrungsmittel wieder auf 2,3 % sinken und damit ihren langfristigen Mittelwert erreichen.

## Was bedeuten die steigenden Energiekosten für die österreichischen Haushalte?<sup>11,12</sup>

Die Preise für Strom, Gas und Treibstoffe sind im Laufe des Jahres 2021 stark angestiegen. Im Zuge der wirtschaftlichen Erholung nach der schrittweisen Lockerung der pandemiebedingten Maßnahmen erholten sich zuerst die Rohölpreise von ihrem Tief im Jahr 2020, aber auch die Großhandelspreise für Gas und Strom zogen bald deutlich nach. Während bis vor kurzem aufgrund der Terminnotierungen<sup>13</sup> mit einer baldigen Entspannung gerechnet wurde, schnellten die Energiepreise nach dem Einmarsch der russischen Armee in die Ukraine am 24.02.2022 weiter nach oben. Der Rohölpreis lag Ende März 2022 bei etwas über 110 EUR pro Barrel und war damit rund doppelt so hoch wie noch vor einem Jahr. Die Verbraucherpreise für Gas stiegen von Februar 2021 auf Februar 2022 um 64,3 %, jene von Strom um 14,9 % und die Kraftstoffpreise um 29,1 %. Umgerechnet in Euro bedeutet das für den durchschnittlichen österreichischen Haushalt<sup>14</sup> eine Mehrbelastung von beinahe 45 EUR pro Monat im Vergleich zum Februar 2021. Nicht nur die Haushalte, auch viele Unternehmen sind von den steigenden Energiepreisen betroffen und müssen mitunter mit erheblichen Zunahmen der Produktionskosten rechnen. Besonders stark betroffen sind die Hersteller von chemischen Produkten, die Metallherstellung sowie die Papierindustrie, deren Erzeugerpreise seit Februar 2021 teilweise um mehr als 40 % gestiegen sind. Diese Kostensteigerungen sind für die Konsumentinnen und Konsumenten relevant, sofern sie an diese weitergegeben werden. Von mehreren Seiten<sup>15</sup> wurden daher zuletzt Maßnahmen gefordert, um die Belastung durch die steigenden Energiepreise abzufedern und am 21.03.2022 stellte die österreichische Bundesregierung ein entsprechendes Entlastungspaket vor. Dieses Paket sieht neben verstärkten Investitionen in erneuerbare Energien verschiedene Abfederungsmaßnahmen für Haushalte sowie Unternehmen vor. Im Rahmen dieses Kastens analysieren wir anhand der Daten der jüngsten Konsumerhebung<sup>16</sup>, was die steigenden Energiekosten für die österreichischen Haushalte bedeuten und welche Haushalte besonders betroffen sind. Im Anschluss daran werden einige der vorgeschlagenen Entlastungsmaßnahmen kurz skizziert und im Hinblick auf deren Entlastungswirkung diskutiert.

### Die Energieausgaben der österreichischen Haushalte

Anhand der Konsumerhebung 2019/2020 kann ein detailliertes Bild der Energieausgaben der österreichischen Haushalte gezeichnet werden. Im Durchschnitt machten die Ausgaben für Haushaltsenergie (Strom, Gas, Heizöl, feste Brennstoffe und Fernwärme) und Treibstoffe im Erhebungszeitraum 6,8 % der Gesamtausgaben der österreichischen Haushalte aus. Jeweils rund ein Drittel davon entfielen auf Treibstoffe und Strom. Während einkommensstärkere Haushalte relativ zu ihren Gesamtausgaben mehr für Treibstoffe ausgeben als einkommensschwächere Haushalte, verhält es sich bei Haushaltsenergie genau umgekehrt. Insbesondere der Anteil der Stromausgaben ist in den unteren Einkommensdezilen deutlich höher. Absolut gab das oberste Einkommensdezil in etwa doppelt so viel Geld für Haushaltsenergie aus wie das unterste, bei Treibstoffen war es mehr als fünfmal so viel. Durchschnittlich wurden zum Zeitpunkt der Erhebung monatlich knapp 90 EUR

<sup>11</sup> Oesterreichische Nationalbank, Referat Konjunktur, [friedrich.fritzer@oenb.at](mailto:friedrich.fritzer@oenb.at), [doris.prammer@oenb.at](mailto:doris.prammer@oenb.at).

<sup>12</sup> Oesterreichische Nationalbank, Referat Geldpolitik, [mirjam.salish@oenb.at](mailto:mirjam.salish@oenb.at).

<sup>13</sup> Terminnotierungen sind Preise für Energieträger (z. B. Rohöl, Gas, Elektrizität) die zu einem späteren Zeitpunkt geliefert werden. Händler auf Terminmärkten sichern sich damit gegen Preisschwankungen ab.

<sup>14</sup> Der durchschnittliche österreichische Haushalt gab laut Konsumerhebung 2019/2020 rund 220 EUR pro Monat für Haushaltsenergie und Treibstoffe aus. Auf Basis der Inflationsraten der verschiedenen Energieträger ergibt sich für den Zeitraum Februar 2021 bis Februar 2022 eine Mehrbelastung von ungefähr 45 EUR pro Monat, wobei hier mögliche Verhaltensänderungen der Haushalte nicht berücksichtigt wurden.

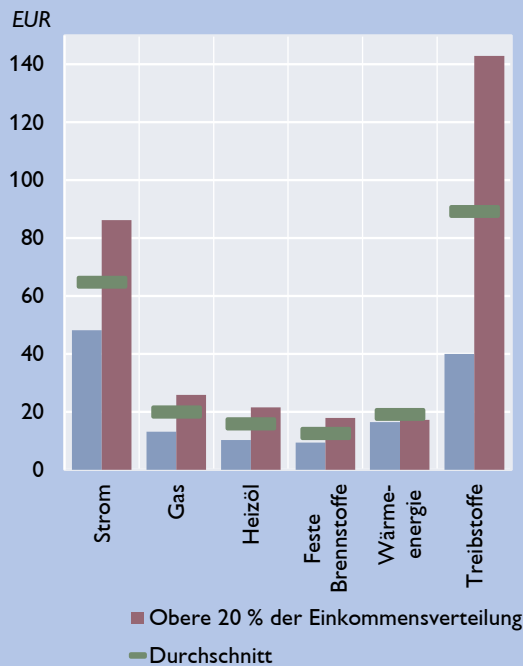
<sup>15</sup> Siehe z. B. [Hohe Energiepreise: Wettrennen um Lösungen - news.ORF.at](https://www.orf.at/news/details/3211111).

<sup>16</sup> Die Konsumerhebung ist eine Stichprobenerhebung der Konsumausgaben der österreichischen Haushalte. Die Erhebung wird alle fünf Jahre von Statistik Austria durchgeführt und dient unter anderem als Grundlage für die Berechnung der Warenkorbgewichte des (H)VPI. Für Details siehe [Konsumerhebung 2019/20 \(statistik.at\)](https://www.statistik.at/neuerscheinungen/konsumerhebung-2019-20).

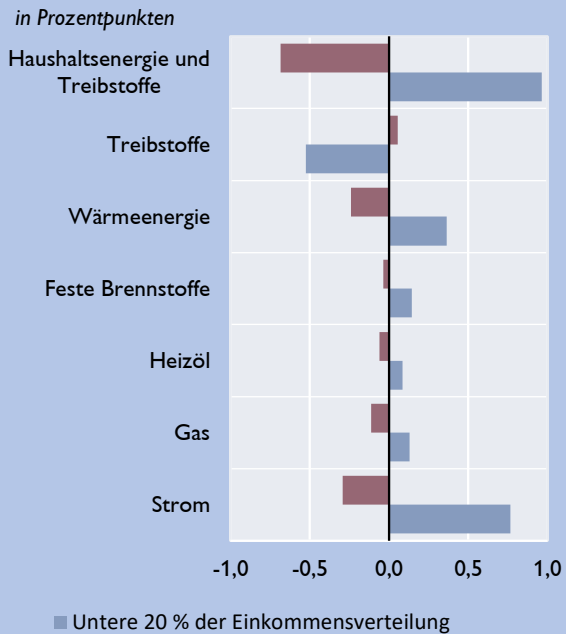
für Treibstoffe, 65 EUR für Strom und 20 EUR für Gas ausgegeben, wobei auch hier deutliche Unterschiede zwischen den Einkommensgruppen bestehen (Grafik I KI).

Grafik I KI

### Monatliche Ausgaben für Energie



### Ausgabenanteil für Energie: Abweichung vom Durchschnitt



Quelle: Statistik Austria.

Besonders hoch (sowohl absolut als auch relativ) sind die Ausgaben für Haushaltsenergie und Treibstoffe in ländlichen Gebieten. Dies liegt zum einen daran, dass dort der Individualverkehr eine größere Rolle spielt und die Haushalte mehr auf ihr Auto angewiesen sind. Zum anderen sind (Einfamilien-)Häuser weniger energieeffizient als Wohnungen, was bedeutet, dass mehr Geld für Strom und Heizen ausgegeben wird. Tendenziell wird in größeren Städten (insbesondere Wien) eher mit Gas und Wärmeenergie geheizt, während am Land eher mit Heizöl oder festen Brennstoffen geheizt wird. Die Heizkosten sind bei Ölheizungen (absolut und relativ) am höchsten. In größeren Städten wird in etwa 15 % weniger für Haushaltsenergie ausgegeben als in ländlichen Gebieten und um die Hälfte weniger für Treibstoffe. Für einkommensstärkere Haushalte machen die Ausgaben für Haushaltsenergie jedoch unabhängig vom Wohnort (d. h. Stadt/Land) einen geringeren Teil der Gesamtausgaben aus. Im Verhältnis zu den Gesamtausgaben ist die Kostenbelastung für einkommensschwache Haushalte in ländlichen Gebieten somit besonders hoch. Ihre Haushaltsenergiekosten betragen in etwa 6,1 % ihrer Gesamtausgaben, während der Österreich-Durchschnitt bei 4,1 % liegt.

Haushalte, die eine Eigentumswohnung besitzen, geben einen geringeren Anteil für Haushaltsenergie aus als Haushalte, die in einem Mietverhältnis leben. Am größten ist die Belastung wenig überraschend für Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer. Bei den absoluten Ausgaben ist der Unterschied zwischen einkommensstärkeren und einkommensschwächeren Haushalten mit Hauseigentum wesentlich geringer als bei Wohnungseigentum oder Mietverhältnissen. Für Arbeitslose sowie Pensionistinnen und Pensionisten ist der Energiekostenanteil an den Haushaltsausgaben besonders hoch, ebenso für Single-Haushalte und Alleinerziehende.

### Fiskalpolitische Entlastungsmaßnahmen

Die steigenden Energiepreise führen zu einer Mehrbelastung der Haushalte von mehreren Hundert Euro pro Jahr und treffen vor allem sozial schwächere Haushalte. Diese Haushalte geben nicht nur einen größeren Anteil

ihrer Gesamtausgaben für Energie aus, sie haben meist auch weniger Substitutionsmöglichkeiten. Um die Auswirkungen der steigenden Energiepreise abzufedern, wurden bereits im Vorfeld der jüngsten Debatte verschiedene fiskalpolitische Maßnahmen beschlossen. Ein regional gestaffelter Klimabonus soll den Preisanstieg ausgleichen, der aufgrund der ab Juli 2022 in Kraft tretenden CO<sub>2</sub>-Bepreisung wirksam wird. Außerdem sieht ein Preisstabilitätsmechanismus vor, dass der Preisanstieg pro Tonne CO<sub>2</sub> im Folgejahr halbiert wird, sollte die Energiepreisinflation in den ersten drei Quartalen des aktuellen Jahres 12,5 % oder mehr betragen. Da die Prognose der OeNB (Abschnitt 2) in den ersten drei Quartalen 2022 eine deutlich höhere Inflationsrate für Energie erwartet, dürfte der Preisstabilitätsmechanismus im Jahr 2023 die CO<sub>2</sub>-Bepreisung und somit die Kostensteigerung für die österreichischen Haushalte etwas verringern. Zudem wurden die Ökostromförderkosten 2022 ausgesetzt und ein Energiekostenausgleich in der Höhe von 150 EUR in Form eines Energiekostengutscheins für Haushalte mit Einkommen bis 55.000 EUR pro Jahr (bzw. 110.000 EUR bei zwei Personen) vereinbart. Arbeitslose, Studierende sowie Beziehende von Mindestsicherung oder Ausgleichszulage erhalten – wie bereits im Dezember 2021 – weitere 150 EUR als Teuerungsausgleich.

Im kürzlich (März 2022) angekündigten Energiepaket sind weitere (temporäre) Maßnahmen zur Entlastung der Haushalte vorgesehen: Senkung der Elektrizitätsabgabe und der Erdgasabgabe, Anhebung der Pendlerpauschale um 50 % sowie Vervierfachung des Pendlereuros bzw. für Niedrigverdienende ein einmaliger Negativsteuerbetrag von 100 EUR. Eine Preissenkung im öffentlichen Verkehr und dessen Ausbau sollen den Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel attraktiver machen. Des Weiteren werden auch Unternehmen finanziell entlastet (u. a. Treibstoffsteuerrückerstattung für KMUs und Agrardiesel) und Investitionen in erneuerbare Energien verstärkt. Die Entlastung eines Durchschnittshaushalts beträgt pro Jahr in etwa 100 EUR durch das Aussetzen der Ökostromförderkosten und jeweils 70 EUR durch die Senkung der Elektrizitätsabgabe sowie der Erdgasabgabe. Die größte Entlastung genießen Pendlerinnen und Pendler: Bei einer Pendeldistanz von 50 km wird eine Familie, ohne entsprechende öffentliche Anbindung, insgesamt um etwa 900 EUR pro Jahr entlastet (BMF, 2022)<sup>17</sup>.

Insbesondere Maßnahmen, die Preisanstiege bei Kraftstoffen ausgleichen, entlasten jedoch einkommensstärkere Haushalte relativ stärker und sind daher nicht nur aus Klimaschutzgründen kritisch zu hinterfragen, sondern auch aufgrund ihrer Verteilungswirkung. Der Klimabonus hingegen wird als Pauschalbetrag pro Person ausgezahlt und wirkt somit progressiv, da der Anteil der Energiekosten an den Gesamtausgaben in Haushalten mit niedrigen Einkommen höher ist.

---

<sup>17</sup> BMF, 2022. [Energiepaket: Bundesregierung entlastet Bevölkerung und Wirtschaft um weitere 2 Milliarden Euro \(bmf.gv.at\)](https://www.bmf.gv.at/energie/energiepaket/energiepaket_bundesregierung_entlastet_bevolkerung_und_wirtschaft_um_weitere_2_milliarden_euro.html).

Auslaufen der Umsatzsteuersenkung führte zu Preisanhebungen in der Hotellerie und – in einem geringeren Maße – in der Gastronomie<sup>18,19</sup>

### **Details zur Senkung der Umsatzsteuer während der COVID-19-Pandemie**

Für den Bereich Beherbergung und Gastronomie (Übernachtung, Verabreichung von Speisen und Getränken) trat im Juli 2020 eine befristete Senkung des Mehrwertsteuersatzes von 20 % (Getränke) bzw. 10 % (Speisen, Übernachtungen) auf 5 % in Kraft. Ursprünglich galt die Mehrwertsteuersenkung bis einschließlich 31.12.2020, wurde aber aufgrund der Fortdauer der COVID-19-Pandemie bis zum 31.12.2021 verlängert. Sie umfasst auch die Abholung und Zustellung von Speisen und offenen Getränken, die normalerweise vor Ort konsumiert werden, nicht jedoch Nahrungsmittel, die nicht für den sofortigen Verzehr ausgerichtet sind, bzw. verpackte Speisen und Getränke.<sup>20</sup>

Diese Steuersenkung wurde mittels Initiativantrags am 18. Juni 2020 eingebracht und am 30. Juni im Nationalrat beschlossen. Sie wurde von der österreichischen Bundesregierung explizit als eine Maßnahme zur Unterstützung der Gastronomie angekündigt, die den Betrieben zu mehr Liquidität verhelfen sollte.<sup>21</sup> Daher war auch nicht von einer Weitergabe der Steuersenkung über Preisreduktionen an die KonsumentInnen ausgegangen worden. Analysen der OeNB (Inflation Aktuell Q4/20) zeigen, dass es tatsächlich zu keiner Preisreduktion kam. Im Gegensatz zu anderen Ländern mit großem Tourismussektor blieb die Teuerung in der Hotellerie und Gastronomie in Österreich hoch. Im Zuge der Umsatzsteuersenkung wurde auch ein Entschließungsantrag angenommen, der forderte, dass die folgende Wiedererhöhung der Umsatzsteuer nicht zu Preiserhöhungen führen dürfe.

Im Folgenden wird untersucht, inwieweit es zu einem Preisanstieg im Bereich der Gastronomie und Hotellerie in zeitlicher Nähe zum Auslaufen der temporären Mehrwertsteuersenkung kam. Dabei werden bewusst auch Daten für das letzte Quartal 2021 herangezogen, um Vorzieheffekte abbilden zu können. Die Preisentwicklungen am aktuellsten Rand werden anhand von Webscraping-Daten der OeNB untersucht, da diese zum einen tagesaktuell vorliegen und zum anderen granularere Analysen auf Produkt- bzw. Restaurantebene erlauben.

### **Daten**

#### **HVPI-Inflation**

Die HVPI-Inflation – die prozentuelle Änderung des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) im Jahresabstand beziehungsweise von deren Subaggregaten nach ECOICOP-Klassifikation (European Classification of Individual Consumption by Purpose) – wird von Statistik Austria bereitgestellt.<sup>22</sup> Für die gegenwärtige Analyse werden die Informationen aus der ECOICOP-Gruppe II „Restaurants und Hotels“ und den Unterpositionen „Restaurants“ und „Beherbergungsbetriebe“ verwendet. Allerdings werden die Detaildaten mit einer Verzögerung von 2–3 Wochen veröffentlicht und erlauben somit nur eine Analyse bis Ende Februar 2022. Zusätzlich mussten aufgrund von Betriebsschließungen (November/Dezember 2021) im Zuge der Eindämmung der COVID-19-Pandemie zahlreiche Preise fortgeschrieben werden, die nicht erhoben werden konnten (vgl. Inflation Aktuell Q4/2021).

#### **Webscraping**

Im Zuge des Price-setting Microdata Analysis Network (PRISMA) hat die OeNB Scraper<sup>23</sup> entwickelt, die laufend

<sup>18</sup> Oesterreichische Nationalbank, Referat Konjunktur, [christian.beer@oebn.at](mailto:christian.beer@oebn.at), [doris.prammer@oebn.at](mailto:doris.prammer@oebn.at).

<sup>19</sup> Oesterreichische Nationalbank, Referat Geldpolitik, [robert.ferstl@oebn.at](mailto:robert.ferstl@oebn.at), [bernhard.graf@oebn.at](mailto:bernhard.graf@oebn.at).

<sup>20</sup> <https://www.bmf.gv.at/themen/steuern/fuer-unternehmen/umsatzsteuer/informationen/faq-ermaebigter-steuersatz-gastronomie,-kultur-und-publikationen.html>.

<sup>21</sup> Der Gesetzestext sieht deshalb auch vor, dass § 7 Preisgesetz (verpflichtende vollständige Weitergabe von Abgabensenkungen an die Konsumentinnen und Konsumenten) keine Anwendung findet.

<sup>22</sup> Wir danken Beate Resch für die Aufarbeitung der Daten für diesen Beitrag.

<sup>23</sup> Computerprogramm, das Daten aus verschiedenen Quellen sammelt und zentral bereitstellt.



gewartet werden, und mit denen täglich Preisdaten und weitere Produktinformationen zahlreicher österreichischer Onlineshops, darunter eines Online-Essensbestelldienstes, gesammelt werden. Es werden also über eine zentrale Plattform Informationen von einer großen Anzahl an Gastronomiebetrieben erhoben.<sup>24</sup>

Nach grundlegenden Qualitätschecks werden die angebotenen Speisen und Getränke mithilfe des Produktnamens und der Produktbeschreibung den 31 Indexpositionen der ECOICOP-5-Kategorie „Restaurants, Cafés und Tanzlokale“ zugeordnet. Um einerseits eine detailliertere Darstellung als auf ECOICOP-5-Ebene zu ermöglichen, und andererseits Übersichtlichkeit zu gewährleisten, werden die Indexpositionen zu sieben Gruppen, wie in Tabelle 1 K2 dargestellt, zusammengefasst.

Tabelle 1 K2

Gruppe	Indexpositionen
Alkoholische Getränke	„Cocktail“, „Mischgetränk alkoholisch, Kaffeehaus“, „Bier, Restaurant“, „Wein, Restaurant“
Hauptspeisen	„Vegetarisches Gericht“, „Schweinefleischgericht“, „Schnitzel, paniert“, „Rindfleischgericht“, „Fischgericht“, „Pizza, ital. Restaurant“, „Hauptspeise, asiat. Restaurant“
Kaffee	„Kaffee (Verlängerter, Melange, Cappuccino, Lungo)“, „Kleiner Brauner, einfacher Espresso“
Mittagsmenüs	„Tagesmenü / Mittagsmenü“, „Mittagsmenü, ital. Restaurant“, „Mittagsmenü, -buffet, asiat. Restaurant“
Nichtalkoholische Getränke	„Tee, Kaffeehaus“, „Mineralwasser, Restaurant“, „Apfelsaft, Restaurant“, „Colagetränk, Restaurant“, „Fruchtsaft, Restaurant“
Suppen und Vorspeisen	„Tagessuppe / Suppe“, „Vorspeise / Pasta, ital. Restaurant“, „Vorspeise, asiat. Restaurant“
Süßes und Kleinigkeiten	„Frühstück, Kaffeehaus“, „Tortenstück, Kaffeehaus“, „Mehlspeise, Kaffeehaus“, „Toast, Kaffeehaus“, „Beilagensalat“, „Mehlspeise, warm“, „Nachspeise, ital. Restaurant“

Zur Analyse der Preisentwicklung werden Indizes berechnet. In diesem Beitrag betrachten wir den GEKS-Index<sup>25</sup>, dessen Berechnung ähnlich der Berechnung des HVPI ist und der das Hinzukommen neuer bzw. das Wegfallen bestehender Produkte berücksichtigt.

### Preisentwicklungen im zeitlichen Naheverhältnis zur Änderung des MwSt-Satzes

#### Temporäre Senkung des MwSt-Satzes

Die Reduktion der Mehrwertsteuersätze auf 5 % geht mit einem Wiedererstarren der Nachfrage nach Tourismusdienstleistungen nach pandemiebedingten Betriebsschließungen einher. Im Juli 2020 lag die HVPI-Inflationsrate für Beherbergungsdienstleistungen und Gastronomie bei 3,8 %. Da in den Folgemonaten<sup>26</sup> ähnlich hohe Inflationsraten verzeichnet wurden und darüber hinaus eine Webscraping-Analyse (Inflation Aktuell Q4/20) keine großflächigen Preissenkungen attestiert, liegt der Schluss nahe, dass die Senkung der MwSt-Sätze nicht an die Konsumentinnen und Konsumenten weitergegeben wurde.

#### Wiederanhebung der MwSt-Sätze

Bei der ECOICOP Gruppe „Hotels und Gastronomie“ lag die Inflationsrate zu Jahresbeginn 2021 bei 2,7%, stieg in der zweiten Jahreshälfte deutlich und erreichte einen Jahreswert von 3,8 %. In den ersten beiden

<sup>24</sup> Genaugenommen sind die Leistungen von Online-Essenslieferdiensten nicht Teil der COICOP-Kategorisierung. Sie stellen eigentlich eine Kombination aus zwei unterschiedlichen Dienstleistungen (Essenszubereitungen, Lieferung) dar, die von zwei unterschiedlichen Unternehmen erbracht werden.

<sup>25</sup> Benannt nach den Arbeiten von Gini (1931), Éltető und Köves (1964) sowie Szulc (1964).

<sup>26</sup> Da die Senkung erst am 30.06.2020 verabschiedet wurde, ist nicht von Vorzieheffekten auszugehen.

Monaten des Jahres 2022 erhöhte sich die Inflationsrate auf beinahe 7 %. Dies lag vor allem an der Preisentwicklung bei den Beherbergungsbetrieben, bei denen seit Oktober 2021 Inflationsraten von bis zu 10,7 % beobachtet werden; die mit 3,6 % geringe Inflationsrate im Dezember dürfte im Zusammenhang mit pandemiebedingten Schließungen stehen. Mit 10,7 % im Jänner erreichte der Preisanstieg den höchsten Wert seit Bestehen der Währungsunion. Da die Nachfrage nach Beherbergungsdienstleistungen unter dem Vorkrisenniveau lag, ist der starke Anstieg der Inflationsrate seit Herbst 2021 und zu Beginn 2022 wohl auch darauf zurückzuführen, dass ein Teil der Kosten für die Rücknahme der Mehrwertsteuersenkung mit Jänner 2022 an die Konsumentinnen und Konsumenten weitergegeben wurde. Auch könnten die Energiepreissteigerungen eine Preisanpassung nötig gemacht haben. Da die Energieintensität in der Gastronomie aber höher ist als bei den Beherbergungsdienstleistungen, kann die höhere Inflationsrate bei den Beherbergungsdienstleistungen nicht durch die Energiepreise erklärt werden.

Die Inflationsrate bei den Restaurantdienstleistungen lag mit knapp 6 % im Jänner und Februar 2022 zwar deutlich unter jener der Beherbergungsdienstleistungen, allerdings auch deutlich über ihrem langjährigen Durchschnitt. Um zu analysieren, ob es auch in dieser Kategorie zu einer Übertragung des Auslaufens der MwSt-Senkung kam, werden im Folgenden Webscraping-Daten verwendet.<sup>27</sup> Tabelle 2 K2 zeigt, dass es gemäß den Webscrapingdaten bei den über einen Online-Essenslieferdienst angebotenen Speisen und Getränken zwischen November 2021 und März 2022<sup>28</sup> in allen Kategorien zu Preissteigerungen gekommen ist. Gemessen an der Veränderung des GEKS-Index stiegen die Preise in diesem Zeitraum insgesamt um 2,9 %. Die Preissteigerung war mit 4,4 % bei den Mittagsmenüs am stärksten ausgeprägt. Berücksichtigt man mittels HVPI-Gewichten die Bedeutung der Produktgruppen für die Gesamtinflationentwicklung, haben die Preissteigerungen bei den Hauptspeisen und den alkoholischen Getränken besonders stark zur Inflationentwicklung beigetragen.

Tabelle 2 K2

	Preisänderungen bei Essenslieferdiensten			Anteil (%)			
	Veränderung (%)	HVPI-Gewicht 2022 (%)	Inflationsbeitrag (%-Punkte)	Preisrückgang	Preisanstieg	keine Preisänderung	
Alkoholische Getränke	2,62	1,82	0,05	0,83	15,65	83,52	
Hauptspeisen	3,17	1,83	0,06	1,18	30,36	68,46	
Kaffee	1,87	0,45	0,01	0,00	3,49	96,51	
Mittagsmenüs	4,42	0,63	0,03	1,64	25,82	72,54	
Nichtalkoholische Getränke	2,43	0,80	0,02	0,95	18,93	80,12	
Suppen und Vorspeisen	2,96	0,30	0,01	0,86	26,72	72,42	
Süßes und Kleinigkeiten	2,66	0,89	0,02	1,05	24,01	74,94	
<b>Insgesamt</b>	<b>2,89</b>	<b>6,73</b>	<b>0,19</b>	<b>1,08</b>	<b>26,75</b>	<b>72,17</b>	

Quelle: Eigene Berechnungen.

Tabelle 2 K2 zeigt auch, dass es bei lediglich 28 % der angebotenen Produkte überhaupt eine Preisänderung gab.<sup>29</sup> Auch wenn dies verglichen mit anderen Perioden viel ist<sup>30</sup>, wurden dennoch die Preise der meisten Produkte nicht geändert. Weiters haben 60% der Restaurants für kein einziges Produkt den Preis erhöht. Wenn es allerdings zu Preiserhöhungen gekommen ist, waren diese relativ stark ausgeprägt. Dies zeigt sich in Grafik I K2, die die Preisänderungen auf Produktebene (in Prozent) innerhalb der Produktgruppen darstellt, wobei nur

<sup>27</sup> Leider stehen mehrjährige Webscraping-Daten zur detaillierteren Analyse der Inflationentwicklung im Beherbergungsbereich derzeit noch nicht zur Verfügung.

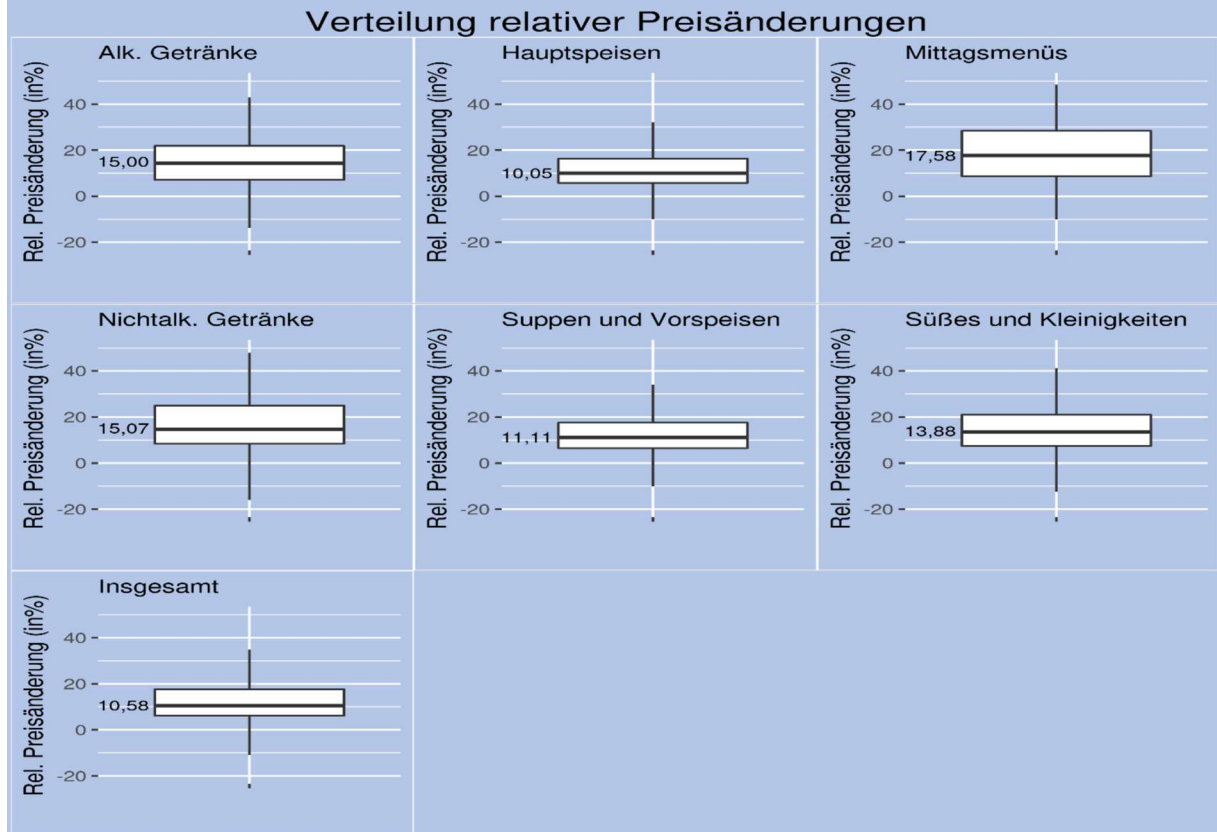
<sup>28</sup> Es gehen Daten bis einschließlich 27.3.2022 ein.

<sup>29</sup> Hierbei gehen alle Produkte ein, die mindestens eine Preisobservation zwischen 01.11.2021 und 05.11.2021 (Basisperiode) sowie zwischen 23.03.2022 und 27.03.2022 (Vergleichsperiode) aufweisen. Die Preisänderung ist dann der Unterschied des arithmetischen Mittelwerts über die Basisperiode zu jenem über die Vergleichsperiode.

<sup>30</sup> Zum Vergleich: Im ersten Halbjahr 2021 gab es lediglich bei 7% aller Produkte eine Preisänderung.

diejenigen Produkte berücksichtigt wurden, bei denen es zu einer Preisänderung kam.<sup>31</sup> Der Median der Preisänderungen aller Produkte der oben erwähnten Gruppen, die Preisänderungen erfuhr, beträgt 10,58 %, für die einzelnen Gruppen lagen die Mediane der Preisänderungen der Produkte, deren Preise in der Betrachtungsperiode geändert wurden, zwischen 10,05 % und 17,58 %. Wie in Grafik 1 K2 weiters ersichtlich, gab es eine beträchtliche Streuung der Preisänderungen und die Preisänderungen wiesen starke positive wie negative Ausreißer auf; ihre Interquartilsabstände liegen zwischen 10,72 und 19,67 Prozentpunkten.

Grafik 1 K2



Im Beobachtungszeitraum stiegen die Preise für Konsumentinnen und Konsumenten in der Gastronomie relativ stark. Für die Gastronomiebetriebe stiegen neben der Wiederanhebung der Umsatzsteuer auch die Kosten wichtiger Inputs wie Lebensmittel und Energie. Dies deutet eher darauf hin, dass der durchschnittliche Preisanstieg nicht auf eine einzelne Ursache, wie zum Beispiel die Rücknahme der Umsatzsteuersenkung, zurückgeführt werden kann. Dafür spricht weiters, dass es bei Getränken, bei denen es zu einem relativ stärkeren Wiederanstieg der Umsatzsteuer gekommen ist, keine stärkeren Preiseffekte gegeben hat. Das spezifische Preissetzungsverhalten einzelner Unternehmen und deren individuelle Betroffenheit von den allgemeinen Preissteigerungen und der Umsatzsteuererhöhung dürfte eine große Rolle bei der Preisentwicklung gespielt haben.

Insgesamt deuten die Ergebnisse darauf hin, dass die Wiederanhebung der Umsatzsteuer zu Preisanstiegen geführt hat, die bei Beherbergungsdienstleistungen ausgeprägter waren als bei Restaurantdienstleistungen.

<sup>31</sup> Da es bei Kaffee lediglich in drei Fällen zu Preisänderungen kam, wird in Grafik 1 K2 kein Boxplot für Kaffee gezeigt.

## Lohnentwicklung und Inflation im Euroraum<sup>32,33</sup>

Das Jahr 2021 war bis zuletzt von einem geringen Wachstum der Löhne im Euroraum geprägt. So stiegen die nominellen Arbeitnehmerentgelte je beschäftigte Person im vierten Quartal 2021 um 1,1 % im Jahresabstand. Die Tariflöhne nahmen im selben Quartal um 1,6 % zu, und auch der Wert für den Jänner 2022 war mit einem Wachstum von 1,8 % kaum höher. Man kann mit großer Sicherheit davon ausgehen, dass im Verlauf des Jahres 2022 das Lohnwachstum deutlich stärker ausfallen wird. Dies liegt zum einen an der steigenden Verbraucherpreisinflation. Andererseits legten zuletzt auch angespannte Arbeitsmärkte mit ausgeprägtem Arbeitskräftemangel ein rascheres Lohnwachstum nahe. Dann kam der Einmarsch Russlands in die Ukraine, der Auswirkungen auf den Arbeitskräftemangel und die Inflation hat.

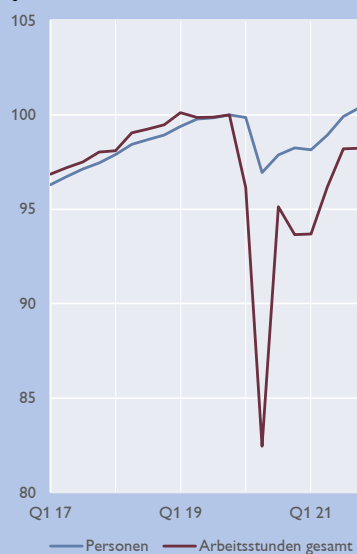
Zuerst sei das Phänomen des Arbeitskräftemangels betrachtet. Das Jahr 2021 hatte mit einer ungewohnt raschen Erholung der europäischen Arbeitsmärkte geendet. Die Beschäftigung, gemessen in Personen, hat das Vorkrisenniveau wieder überschritten. Auch die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden hat sich deutlich erholt. Die Beschäftigungserwartungen waren bis in den Februar 2022 hinein positiv. Gleichzeitig signalisierten Unternehmensumfragen eine Rekord-Knappheit an Arbeitskräften (siehe Grafik I K3).

Grafik I K3

### Beschäftigung und Arbeitskräfteknappheit im Euroraum

#### Beschäftigung

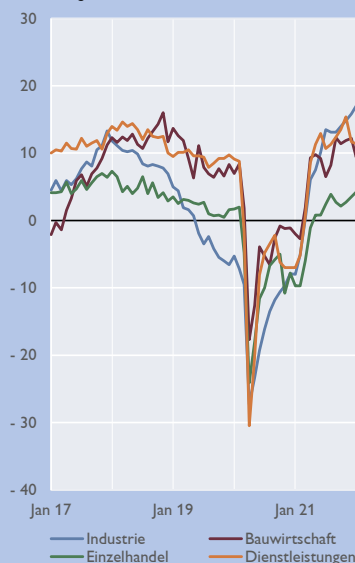
Q4 19=100



Quelle: Eurostat. Daten bis Q4 21.

#### Beschäftigungserwartungen

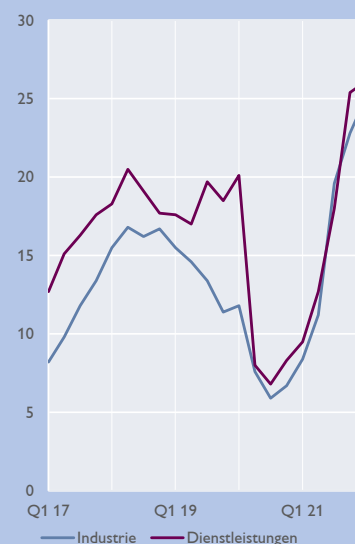
Zustimmung



Quelle: Eurostat. Zustimmung = Differenz von Zustimmung und Nicht-Zustimmung hinsichtlich der Frage, ob eine Beschäftigungsausweitung in den nächsten drei Monaten geplant ist. Daten bis Feb. 22.

#### Arbeitskräfteknappheit

Zustimmung



Quelle: Eurostat. Zustimmung = Differenz von Zustimmung und Nicht-Zustimmung hinsichtlich der Frage, ob Arbeit ein limitierender Produktionsfaktor ist. Daten bis Q1 22.

Diese Knappheit an Arbeitskräften hatte mehrere Gründe: Einerseits war diese der guten Konjunkturlage angesichts der Öffnungsschritte im Zuge der Erholung von der COVID-19-Pandemie geschuldet. Die Pandemie führte außerdem zu fundamentalen Einschnitten auf dem Arbeitsmarkt. Eine wichtige Ursache bestand in dem Anstieg von „Skill Mismatches“, bedingt durch die strukturelle Verschiebung der Nachfrage vom Dienstleistungszum Produktionsbereich. Darüber hinaus war der Euroraum in der Pandemie auch mit einem negativen Arbeitsangebotsschock konfrontiert, weil die Migration in den Arbeitsmarkt des Euroraums im Zuge der Pandemie ausblieb (siehe Grafik 2 K3). Ganz besonders betraf dies Migrantinnen und Migranten aus den EU-27-Staaten, üblicherweise Personen, die aus den CESEE-Staaten in den Euroraum migrieren. Außerdem kam

<sup>32</sup> Oesterreichische Nationalbank, Referat International Economics, [paul.ramskogler@oenb.at](mailto:paul.ramskogler@oenb.at).

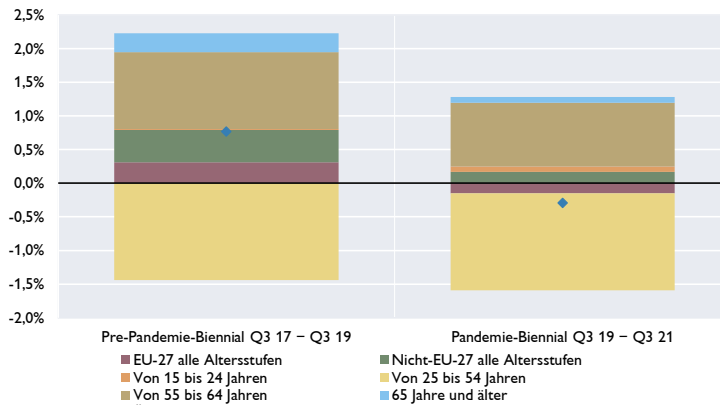
<sup>33</sup> Oesterreichische Nationalbank, Referat Konjunktur, [alfred.stiglbauer@oenb.at](mailto:alfred.stiglbauer@oenb.at).

es zusätzlich zu einem überproportionalen Ausscheiden älterer Arbeitskräfte aus dem Arbeitsmarkt. Mittelfristig kommen noch demografische Faktoren dazu, die das Potenzial haben, die Arbeitskräfteknappheit zu verstärken: Bis zum Jahr 2030 wird laut dem Ageing Report der EU-Kommission das Arbeitsangebot im Euroraum um voraussichtlich 3,4 Millionen Arbeitskräfte (-2,1 %) abnehmen.

Grafik 2 K3

### Pandemie bringt Migrationslücke und Rückzug älterer Arbeitskräfte

Änderung der Erwerbsquote im Euroraum in % und Beiträge der soziodemografischen Gruppen in Prozentpunkten



Quelle: Eurostat, Labour Force Survey, eigene Berechnungen.

Diese Knappheit an Arbeitskräften ließ, jedenfalls bis vor kurzem, erwarten, dass künftige Lohnsteigerungen ceteris paribus stärker ausfallen werden. Mit dem Einmarsch der russischen Föderation in die Ukraine hat sich die Situation allerdings geändert. Einerseits wird die Arbeitsnachfrage durch die Eintrübung des wirtschaftlichen Ausblicks zurückgehen, und zwar umso stärker, je länger der Krieg andauert. Andererseits bringt die durch die Invasion ausgelöste Fluchtbewegung potenziell eine Entschärfung des demografischen Problems für den europäischen Arbeitsmarkt mit sich.

Erste Schätzungen der UNHCR rechneten mit mehr als vier Millionen geflüchteten Personen – eine Zahl, die Ende März 2022 beinahe schon erreicht war. Da derzeit viele Geflüchtete Kinder bzw. ältere Personen sind und ein Ausreiseverbot für ukrainische Männer im wehrfähigen Alter besteht, ist die Erwerbsquote der Geflüchteten wohl gering. Außerdem wird sich ein Teil der Geflüchteten außerhalb des Euroraums niederlassen (z. B. in Polen). Daher wird die Zahl der potenziellen zusätzlichen Arbeitskräfte aus der Ukraine deutlich geringer sein als die Gesamtzahl der Geflüchteten. Schätzungen der EZB gingen von möglichen 600.000 Arbeitskräften (bei 4 Millionen Geflüchteten) im Euroraum aus. In jedem Fall sind die Mitgliedstaaten der Europäischen Union dazu verpflichtet, Personen, die vor den Kriegswirren aus der Ukraine geflohen sind, für mindestens ein Jahr freien Arbeitsmarktzugang zu gewährleisten. Ob dieser auch wahrgenommen werden wird, hängt aber von vielen Faktoren ab, unter anderem davon, ob eine Rückkehr in die Ukraine möglich ist.

Während also der Arbeitskräftemangel als möglicher Einflussfaktor auf die Lohn- und damit die Verbraucherpreisinflation kurzfristig wahrscheinlich an Bedeutung einbüßen dürfte, hat die Frage der Auswirkungen der steigenden Verbraucherpreise auf die Löhne und in Folge wiederum zurück auf die Verbraucherpreise sogar an Bedeutung gewonnen. Die Inflationsprognosen für 2022 wurden deutlich nach oben revidiert: Das Eurosystem rechnete in der „Macroeconomic Projection Exercise“ (MPE) von Anfang März für heuer mit einem Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) um 5,1 %, wofür hauptsächlich gestiegene Energie- und Nahrungsmittelpreise verantwortlich sind (siehe Tabelle 1 K3). Das ist ein deutlicher Anstieg gegenüber 2021. In dieser Prognose wurde davon ausgegangen, dass der Ukraine-Krieg zu keinen signifikanten Angebotsausfällen bei Energie führen wird. Für 2023 ging diese Prognose davon aus, dass die HVPI-Inflation wieder deutlich sinkt. Die Frage ist, wie stark die steigende Inflation das Lohnwachstum beschleunigt, was wiederum Rückwirkungen auf die Höhe und Persistenz der Verbraucherpreisinflation haben kann. Es gibt mehrere Gründe, warum die steigende Inflation das Lohnwachstum beeinflusst. Das sind zum einen (quasi-)automatische Anpassungen der Löhne an die Inflation, wie sie durch Lohnindexierung und bei Mindestlöhnen wahrscheinlich sind. Das sind zum anderen vor allem Kollektivvertragsverhandlungen, die sich tendenziell ebenfalls an der vergangenen Inflation orientieren. Lohnanpassungen sind außerdem gestaffelt und finden lediglich jährlich oder gar seltener statt.

Tabelle I K3

**Inflationsprognosen März 2022 MPE**

	2021	2022	2023	2024
HVPI-Inflation	2,6	5,1	2,1	1,9
Kerninflation (ohne Energie und Lebensmittel)	1,5	2,6	1,8	1,9
BIP-Deflator	2,0	3,1	2,1	2,0

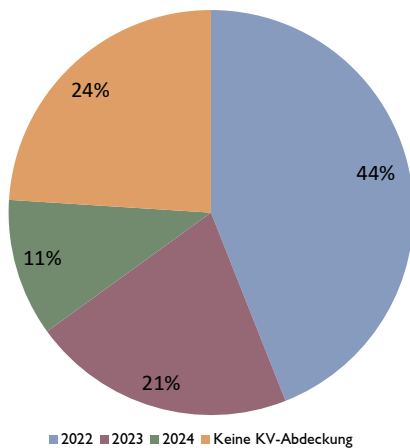
Quelle: EZB.

Eine direkte Auswirkung von Inflation auf Löhne ist dann gegeben, wenn es Lohnindexierung gibt. In diesem Fall werden die Löhne automatisch im Ausmaß der (vergangenen) Inflation erhöht. Eine solche automatische Lohnindexierung ist jedoch nur etwa für

3 % der gesamten Lohnsumme im Euroraum relevant. Wichtig sind in diesem Zusammenhang auch gesetzliche Mindestlöhne, die es in vielen Euroraum-Ländern gibt und die de facto meist an die Verbraucherpreisinflation indexiert sind. So machen in Deutschland die Verdienste von Mindestlohnbezieherinnen und -bezieher etwa 33 % der Lohnsumme aus und in Frankreich 21 %; im gesamten Euroraum dürfte der Anteil der Mindestlöhne nach Schätzungen der EZB etwa 18 % ausmachen. Auch von dieser Seite sind für 2022 stärkere Lohnsteigerungen zu erwarten, wobei dies erst ein Resultat der Inflationssteigerungen des Jahres 2021 darstellt. Die Mindestlöhne sind Anfang 2022 in den meisten Euroraum-Ländern in stärkerem Ausmaß angestiegen als im Vorjahr, z. B. in Deutschland um 3,3 % und in Frankreich um 3,1 %.

Grafik 3 K3

**Neuverhandlungen bestehender Kollektivverträge nach Jahren**  
in % der Lohnsumme



Quelle: Eurostat, ICTWSS/OECD und eigene Berechnungen.

Wichtiger noch als Lohnindexierung und Mindestlöhne sind Kollektivvertragsverhandlungen. Auch hier ist mit einer verzögerten Wirkung der gestiegenen Inflation auf die Löhne zu rechnen (rückwärtsschauende Inflationserwartungen), da für Kollektivvertragsabschlüsse meist die Inflation des Vorjahres relevant ist. In Folge bedeutet dies, dass sich die zu erwartende hohe Inflation des heurigen Jahres erst langsam in steigenden Löhnen manifestieren wird. Bei kollektiven Lohnverhandlungen gibt es zwar keine automatische Anpassung an die Inflation, aber es ist normalerweise das Bestreben der Arbeitnehmerseite, die

Kaufkraft der Löhne zumindest zu erhalten, und hierbei bildet die vergangene Inflation oft eine de-facto Untergrenze für die angestrebte Lohnsteigerung. Ein weiterer Grund, warum steigende Inflation erst zeitverzögert die Löhne beeinflusst ist, dass die kollektivvertraglichen Löhne gestaffelt sind (Lohnverhandlungen finden je nach Sektor das ganze Jahr über in unterschiedlichen Monaten statt). Außerdem ist noch die Dauer von Kollektivverträgen zu beachten: Kollektivvertragliche Löhne werden viel seltener als Güterpreise angepasst, wobei der häufigste Fall die jährliche Anpassung ist (dies gilt für etwa 44 % der gesamten Lohnsumme im Euroraum, siehe Grafik 3). Verträge im Ausmaß von 32 % der Lohnsumme werden im Rahmen von überjährigen Kollektivverträgen abgeschlossen und daher erst 2023 oder 2024 geändert. (Weitere 24 % sind gar nicht von Kollektivvertragsverhandlungen erfasst, weil es sich in der Regel um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in marginalisierten Berufsfeldern handelt, für die häufig Mindestlöhne relevant sind.)

Selbst wenn sich die gestiegene Inflation in vollem Maße in höheren Lohnforderungen niederschlägt, würde dieser Prozess also Zeit brauchen, was dazu führen kann, dass die Inflation persistenz steigt und die Inflation auch noch in den kommenden Jahren hoch bleiben wird. Allerdings wird der durch den Ukraine-Krieg verursachte dämpfende Ausblick auf die Arbeitsnachfrage die Fähigkeit, diese Forderungen auch durchzusetzen, voraussichtlich schwächen.

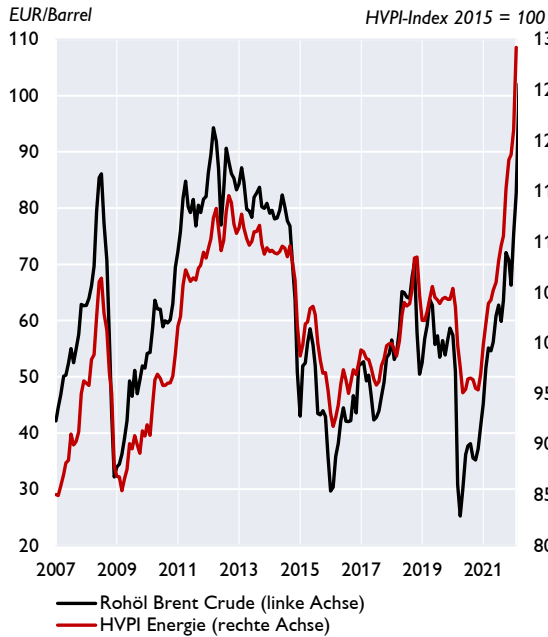
### 3 Grafikanhang: Erklärungsfaktoren für die aktuelle Preisentwicklung

#### 3.1 Rohstoffpreise seit Kriegsbeginn in der Ukraine kräftig gestiegen

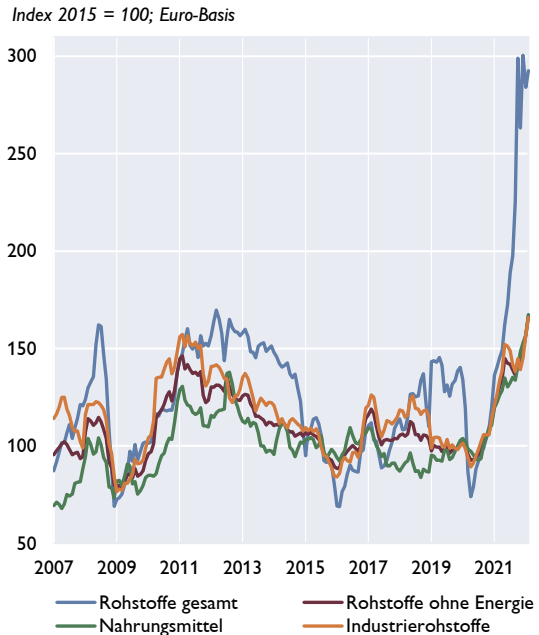
Grafik 2

##### Rohstoffpreise

##### Ölpreis und österreichischer HVPI Energie



##### HWWI-Rohstoffpreisindex



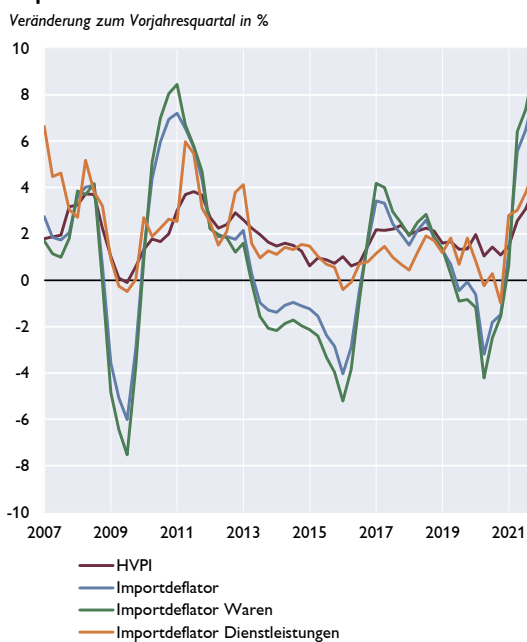
Quelle: Macrobond, Eurostat, HWWI.

#### 3.2 Importpreise steigen weiter an bei gleichzeitiger Abwertung des Euro

Grafik 3

##### Importpreise und Wechselkurse

##### Importdeflator und HVPI



Quelle: WIFO, Statistik Austria, Macrobond.

##### Wechselkurse



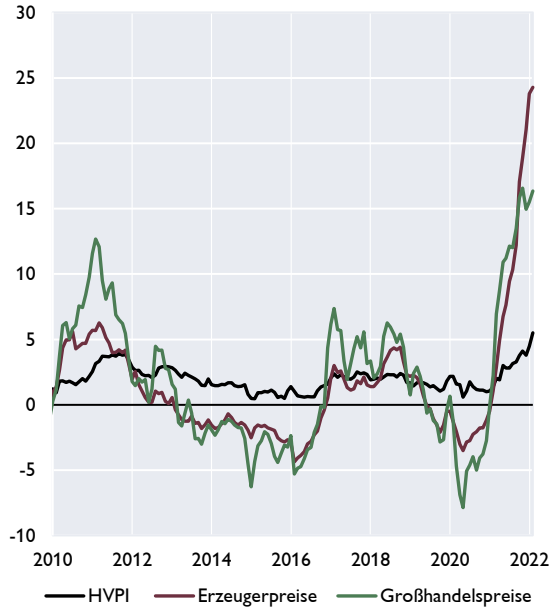
### 3.3 Starker Preisaufrtrieb auf Produzenten- und Großhandelsebene

Grafik 4

#### Indikatoren der vorgelagerten Preiskette

##### HVPI, Erzeugerpreise und Großhandelspreise

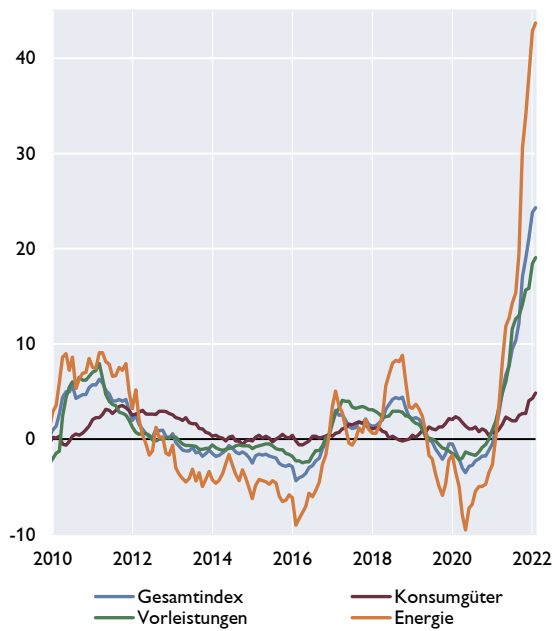
Veränderung zum Vorjahr in %



Quelle: Statistik Austria.

##### Erzeugerpreise Inlandsmarkt

Veränderung zum Vorjahr in %



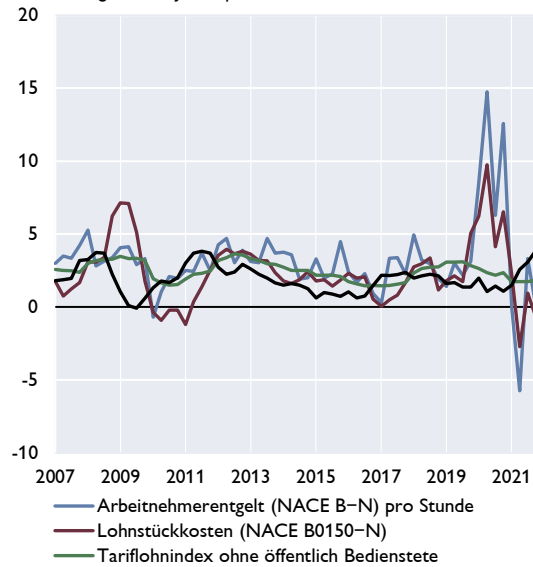
### 3.4 Stabile Tariflohnentwicklung signalisiert geringen Preisdruck von der Lohnseite

Grafik 5

#### Arbeitskostenindikatoren und Profite

##### Arbeitskostenindikatoren der Privatwirtschaft

Veränderung zum Vorjahresquartal in %, nominell



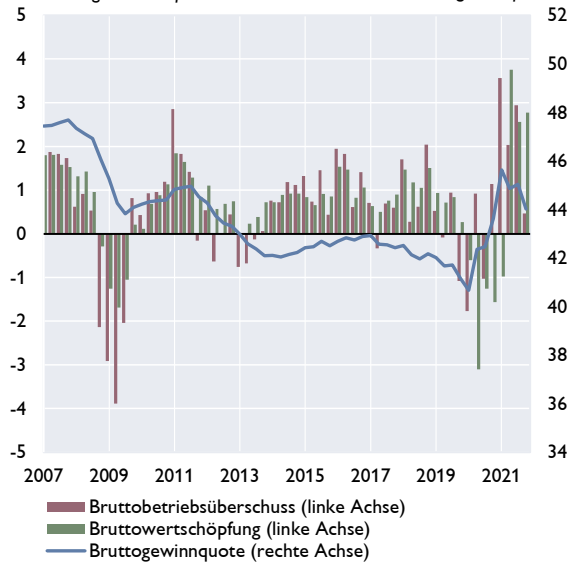
Quelle: Statistik Austria, Eurostat.

<sup>1</sup> Bruttogewinnquote = Bruttobetriebsüberschuss / Bruttowertschöpfung \* 100

##### Profitentwicklung nichtfinanzieller Unternehmen

Veränderung zum Vorquartal in %

Bruttogewinnquote<sup>1</sup>





### 3.5 Kapazitätsauslastung in der Industrie stagnierte zuletzt, bleibt aber überdurchschnittlich

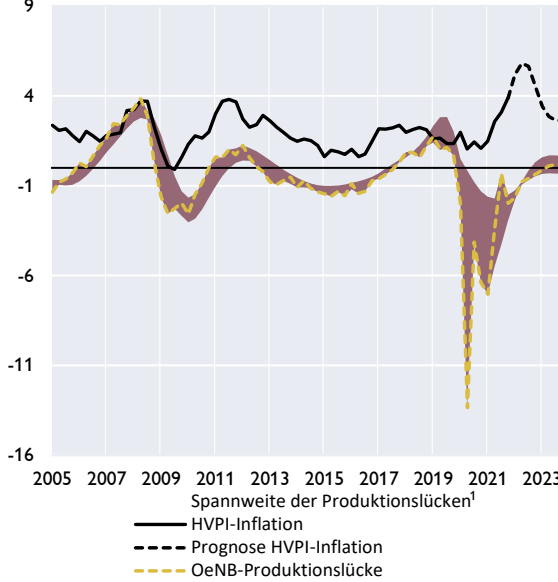
Grafik 6

#### Indikatoren der Produktionsauslastung

##### Produktionslücke und Inflation

Veränderung zum Vorjahr in % (HVPI-Inflation)  
in % des Potenzial-Outputs (Produktionslücke)

Letzter Wert: Q4 23

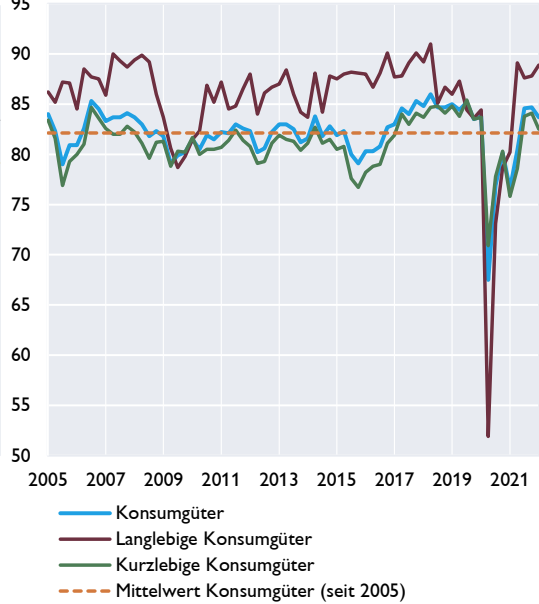


Quelle: OeNB, Eurostat, EZB (SDW), WIFO-Konjunkturtest.  
<sup>1</sup> Minimum-Maximum-Bereich der Schätzungen von IWF, EK, OeNB.

##### Kapazitätsauslastung in der Industrie

Kapazitätsauslastung in %

Letzter Wert: Q1 22



### 3.6 Kurzfristige Inflationserwartungen weiter gestiegen

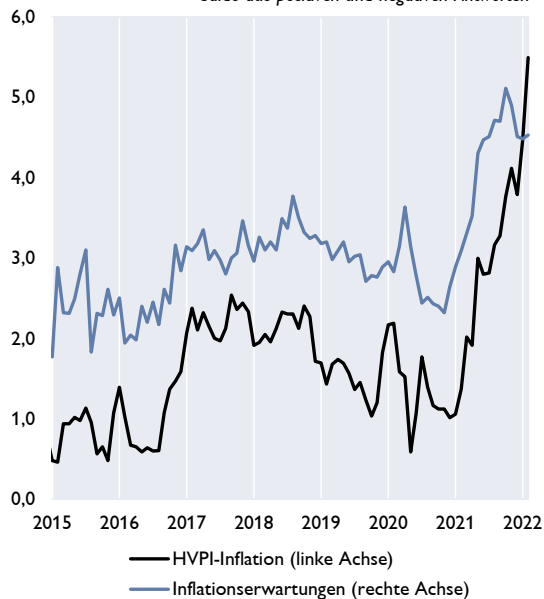
Grafik 7

#### Inflationserwartungen

##### Haushalte – EK Business and Consumer Survey

in %

Saldo aus positiven und negativen Antworten



Quelle: Europäische Kommission, Consensus Forecasts, Statistik Austria.

##### Prognoseinstitute – Consensus Economics

Veränderungen zum Vorjahr in %

